

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

» Engagieren und Abrüsten wählen «

Juni 2021 – Ausgabe 11 | zu den Friedensaktionen und zu den Bundestagswahlen |

ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG WÄHLEN

Im kommenden Jahr ist es vierzig Jahre her, dass der sogenannte „Palme Bericht“ veröffentlicht wurde. Der Bericht, der von einer unabhängigen internationalen Kommission unter dem Vorsitz des damaligen schwedischen Ministerpräsident Olof Palme erarbeitet wurde, entstand mitten im Kalten Krieg.

Die damaligen Empfehlungen der Kommission zielten darauf ab, durch das entspannungs-politische Konzept der gemeinsamen Sicherheit zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen. Der Palme-Bericht brachte dieses Anliegen knapp und bündig auf den Punkt: „Ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit muss an die Stelle der bisherigen Abschreckung durch Hochrüstung treten. Der Frieden in der Welt muss sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch gegenseitige Auslöschung gründen.“

Leider hat diese Forderung bis heute nichts an Aktualität und Dringlichkeit eingebüßt. Die Hoffnung, dass der Fall des Eisernen Vorhangs in die Schaffung einer internationalen Friedensordnung münden würde, die dauerhaft die gemeinsame Lösung globaler Krisen und Herausforderungen durch multilaterale Zusammenarbeit gewährleistet, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Wir leben in einer Weltunordnung, die durch zunehmende Instabilität und Unsicherheit, durch das Wiedererstarken von Nationalismus und Militarismus und weiterhin durch grassierenden Rüstungswahnsinn geprägt ist. Die Klimakrise und der Zugang zu natürlichen Ressourcen sind zu militärisch-strategischen Fragen ersten Ranges geworden. Die Schwelle zum Einsatz militärischer Gewalt sinkt durch die Möglichkeiten der Digitalisierung und autonomer Waffensysteme.

Wider aller Vernunft fällt die Staatengemeinschaft immer weiter zurück in die (selbst-)zerstörerische Logik von Aufrüstung und Abschreckung. Am deutlichsten zeigt sich das an dem neuen nuklearen Wettrüsten. Alle neun Atomstaaten stecken Unsummen

in die Modernisierung ihrer Waffensysteme. Das internationale Wettrüsten hat inzwischen wieder unfassbare Ausmaße erreicht, wie auch die Zahlen im jüngst erschienenen Jahresbericht des Stockholmer Instituts für internationale Friedensforschung (SIPRI) zu den weltweiten Rüstungsausgaben verdeutlichen. Seit 1988 gibt es vergleichbare Schätzungen – und seitdem lagen die internationalen Militärausgaben noch nie so hoch wie im Jahr 2020. Weltweit wurden im letzten Jahr 1.644 Milliarden Euro ausgegeben, um die Rüstungsspirale in Gang zu halten.

Ganz vorne mit dabei ist die deutsche Bundesregierung. Deutschland steht auf dem siebten Platz der Länder mit den größten Rüstungsausgaben. Unter den Top-Ten-Staaten ist Deutschland zugleich das Land, das mit einem Plus von über fünf Prozent die größten Zuwachsraten aufweist. Und es gibt noch immer kein Halten: Für das laufende Jahr liegt der Verteidigungshaushalt der Bundesregierung bei knapp 47 Milliarden Euro – d.h. noch einmal über eine Milliarde Euro höher als im Vorjahr.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen wir stehen, handelt es sich hier um eine aberwitzige Verschwendung von öffentlichen Mitteln, die wir dringend für andere Zwecke benötigen. Im Zuge der Corona-Krise haben sich die sozialen Ungleichheiten und die Verteilungskonflikte in unserem Land verschärft. Gleichzeitig leben wir, getrieben durch den Klimawandel und durch rasante Fortschritte bei der Entwicklung und dem Einsatz digitaler Technologien, in einer Zeit gewaltiger Umbrüche. Eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und wirtschaftliche vernünftige Gestaltung der damit verbundenen

tiefen Transformation unserer Gesellschaft wird uns nur mit Hilfe massiver Zukunftsinvestitionen gelingen.

Vor diesem Hintergrund können wir es uns schlicht und ergreifend nicht leisten, immer noch mehr Geld für Rüstungsausgaben in die Hand zu nehmen – so wie es das Zwei-Prozent-Ziel der NATO vorsieht. Daher ist es höchste Zeit das Ruder herumzureißen. Und deshalb nehmen wir Gewerkschaften alle demokratischen Parteien in die Pflicht: Wir erwarten, dass sich ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten bei der anstehenden Bundestagswahl klar positionieren – für Abrüstung und für eine Entspannungspolitik der gemeinsamen Sicher-

heit. An oberster Stelle steht dabei für uns das Ziel, dass die nächste Bundesregierung die deutsche Verweigerungshaltung gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen aufgibt und ihn endlich unterzeichnet.

Mit zahlreichen gemeinsamen Aktionen, die wir in den kommenden Wochen und Monaten im Rahmen des Friedensbündnisses „Abrüsten statt Aufrüsten“ durchführen, wollen wir dafür die Weichen stellen. „Abrüstung und Entspannung wählen, in die Zukunft investieren!“ – darum geht es bei der Bundestagswahl.

Reiner Hoffmann,
Vorsitzender des DGB



Fahrradmarathon Stopp Air Base Ramstein 30.04.2021 | © MarioPittroff



Annegret Krüger

Vorstand Frauennetzwerk für Frieden e.V.

► Abrüstung muss bei den Bundestagswahlen auch und gerade aus Sicht der Frauenfriedensarbeit eine wichtige Rolle spielen. Das militärische Verständnis von Sicherheit steht einem feministischen, in dem die Bedürfnisse der Menschheit im Zentrum stehen, diametral entgegen. Menschliche Sicherheit setzt nicht darauf, wer die größeren, moderneren, tödlicheren Waffen hat, sondern auf Kooperation, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit. Waffen machen unsere Welt weder sicherer noch friedlicher.

Welche Parteien setzen sich für echte Abrüstung ein? Welche wollen den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen? Und welche wollen Gelder für Rüstung in Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Klimaschutz umwidmen? Fragen wie diese sollten unbedingt in jede Wahlentscheidung einfließen.

Der Arbeitsausschuss der Initiative Abrüsten statt Aufrüsten

Peter Brandt (Neue Entspannungspolitik Jetzt!) | Reiner Braun (International Peace Bureau) | Barbara Dieckmann (Präsidentin Welthungerhilfe a.D.) | Thomas Fischer (DGB) | Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative) | Christoph von Lieven (Greenpeace) | Michael Müller (Naturfreunde, Staatssekretär a. D.) | Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag) | Miriam Rapior (BUNDjugend, Fridays for Futures) | Ulrich Schneider (Geschäftsführer Der Paritätische Wohlfahrtsverband) | Ludwig Weigel (Deutscher Bundesjugendring) | Uwe Wötzel (ver.di) | Thomas Würdinger (IG Metall) | Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat).

ABRÜSTEN
STATT
AUFRÜSTEN
180.000
UNTERSCHRIFTEN

Stimmen

ABRÜSTUNG WÄHLEN



Anne Rieger

Co-Sprecherin Bundesausschuss Friedensratschlag

► Frieden und Entspannung, soziale Sicherheit und Klimaschutz sind die dringendsten Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen. Das alles geht nur mit Abrüstung. Deswegen muss eine Regierung gewählt werden, die sofort Abrüstungsschritte geht. Nur so eine Regierung kann glaubwürdig zur weltweiten Entspannung beitragen, besonders zu Frieden mit Russland. Durch den Rückbau des Rüstungshaushaltes werden Gelder frei für soziale Erfordernisse, wie den Bau von Sozialwohnungen, mehr und besser bezahlte Pflegekräfte, öffentliche Krankenhäuser, höhere Renten, höhere Einkommen, höheres Arbeitslosengeld und mehr Geld für die Bildung. Durch den Abbau der Rüstungsproduktion kann der maßlose CO Ausstoss sowohl bei der Produktion als auch der Verwendung von Waffen gestoppt werden. Grüne Panzer sind keine Abrüstung.



Sascha Retter

Betriebsratsmitglied

► Statement zum Thema Rüstungsausgaben und warum das in die Entscheidung "wen wählen" bei der Bundestagswahl einbezogen werden sollte.

Ich kann mir viele Dinge vorstellen, die mit zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt finanziert werden können und die wesentlich sinnvoller wären, als das Geld für Rüstung auszugeben. Hat nicht Corona gezeigt, was wirklich wichtig ist? Gesundheit, Bildung, Kultur, Sport, funktionierende Infrastruktur, günstiger Wohnraum, soziale Leistungen, etc.? Darum ist die Haltung einer Partei zum Thema Rüstung und Frieden für mich ein Entscheidungskriterium bei der Wahl. Auf Wahlversprechen und schöne Worte gebe ich nicht so viel, sondern schaue mir auch das Verhalten der Parteien in der Vergangenheit an.



© Lucas Wirl

» In einer solch beknackten Welt braucht es eine mächtige Friedensbewegung! «

UDO LINDENBERG



© Tine Acke

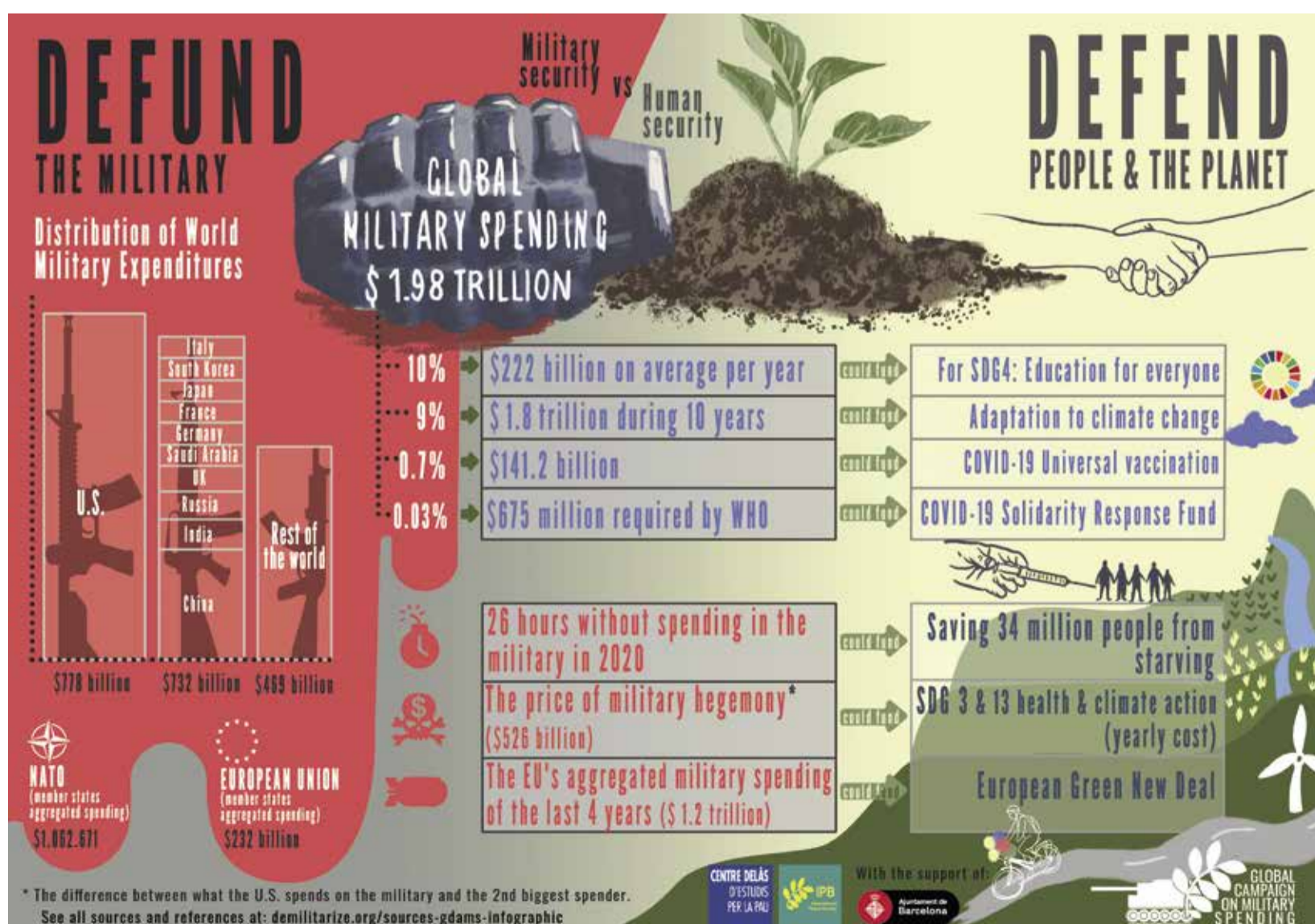


Peter Brandt

Neue Entspannungspolitik Jetzt!, Arbeitsausschuss „abrüsten statt aufrüsten“

► Vor 30 Jahren hofften viele Menschen, dass mit dem Ende des alten Ost-West-Konflikts eine Ära des Friedens in der Welt beginnen würde: zunächst in der nördlichen Hemisphäre, dann auf dem ganzen Erdball. Mit der erneuten Verschärfung der Spannungen zwischen der NATO und Russland einerseits, den USA und China andererseits, werden mit den Errungenschaften der Entspannung auch deren historische Lehren missachtet. Jene blieb lange prekär, denn es gelang erst gegen Ende der 80er Jahre, auf einem wichtigen Teilgebiet zu substanzieller Abrüstung vorzustoßen.

Die Sicherung des Friedens durch wiederbelebte Entspannung und Abrüstung ist die dringendste Aufgabe der internationalen und nationalen Politik, ohne deren Inangriffnahme weder die Biosphäre bewohnbar gehalten noch weltweit Elend und extreme soziale Ungleichheit wirksam bekämpft werden können. So unverzichtbar zwischenstaatliche Abmachungen sind, so sehr muss man von dem jeweils Stärkeren - und das ist in Europa, anders als vor 1990, gerade im Bereich der "konventionellen" Waffensysteme die NATO - einseitige, durchaus kalkulierte Schritte verlangen. Es gilt, die Dynamik des neuen Kalten Krieges durch eine Dynamik der Abrüstung zu ersetzen!





POLITIK DER GEMEINSAMEN SICHERHEIT IST DER SCHLÜSSEL FÜR DIE LÖSUNG DER GLOBALEN HERAUSFORDERUNGEN

Im April nächsten Jahres sind es 40 Jahre her, dass der damalige schwedische Regierungschef Olof Palme den UN-Bericht „Gemeinsame Sicherheit“ vorgelegt hat. Sein Konzept waren vertrauensbildende Maßnahmen für Abrüstung, Entspannung und Sicherheit auf beiden Seiten. Das ist das Gegenteil von Konfrontation, Abschreckung und Aufrüstung und damit der heute wieder vorherrschenden Ideologie in der internationalen Politik. Und im Juni nächsten Jahres sind es sogar 50 Jahre her, dass die Vereinten Nationen die erste Umweltkonferenz durchgeführt haben, auf der es zur Gründung der UNEP (United Nations Environment Programme) kam. Damals wurde in Stockholm schon deutlich, dass die ökologischen Gefahren weitreichende Folgen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen haben können. Beides – Abrüstung und Schutz der natürlichen Mitwelt – müssen in engen Zusammenhang gesehen werden, um den Frieden zu bewahren.

Heute brauchen wir dringend eine neue starke Friedensbewegung. Denn wir erleben, wie schwer das überfällige Umdenken ist, allen Ankündigungen zum Trotz. Krieg, Aufrüstung und der Raubbau an der Natur sind mit handfesten wirtschaftlichen und ideologischen Interessen verbunden, um den Status quo zu verfestigen. Die Behauptung, Aufrüstung sei Sicherheit, sogar ein begrenzter Krieg sei führbar, ist Ausdruck des alten Konfrontations- und Machtdenkens. Es verkennt, dass beide Seiten Sicherheit brauchen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm. Denn eigentlich ist es eine simple Wahrheit, dass Krieg in der hochgerüsteten Welt für niemand die Hoffnung auf Frieden zulässt. Wir sind in einen Abschnitt der Menschheitsgeschichte eingetreten, in

der ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Verflechtungen und Abhängigkeiten so eng geworden sind, dass die Folgen grenzüberschreitend wirken. Sicherheit kann nicht militärisch bestimmt und auch nicht einseitig erreicht werden. In der zusammengewachsenen Welt ist der Frieden mehr denn je auf Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit angewiesen. Das war die Idee von Palme, der als Matrix dafür die deutsche Friedens- und Entspannungspolitik gesehen hat.

Was damals unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation und der atomaren Hochrüstung in Europa entwickelt wurde, gilt angesichts der ungebrochen hohen Overkill-Kapazitäten und der ungelösten und sich zuspitzenden Konflikte wie Klimakrise, Migration oder Kampf um Rohstoffe in der globalen Welt umso mehr. Das Konzept von Palme hat heute eine noch größere Bedeutung. Sicherheit kann nicht gegen den vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner erreicht werden, sondern nur mit ihm.

Eine friedliche Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen. Das war auch die Linie in den beiden anderen großen UN-Berichten der 1980er Jahre: Gemeinsames Überleben, der Nord-Süd-Bericht von Willy Brandt, und Gemeinsame Zukunft, der Report zu Umwelt und Entwicklung von Gro Harlem Brundtland. Zwischen den drei Berichten wurde ein enger Zusammenhang gesehen, der zur Grundlage für eine Weltinnenpolitik werden sollte.

Kriege fallen nicht vom Himmel, sie sind Folge politischen Versagens, das sich seit einigen Jahren auch wieder vor uns aufbaut. Zwei Faktoren haben dabei eine zentrale Bedeutung. Zum einen die wachsende soziale Ungleichheit, die sich mit der Corona-Pandemie und der Klimakrise dramatisch zuspitzen

werden. Erbitterte Verteilungskämpfe zeichnen sich ab. Zum anderen der zunehmende Widerspruch zwischen Wissen und Handeln, der sich insbesondere bei der Bekämpfung der globalen Umweltgefahren zeigt. Klimakriege werden denkbar.

Wahrscheinlich um 2045 wird die Erdtemperatur um 1,5 Grad Celsius angestiegen sein, Kipppunkte im Erdsystem rücken näher. Auch wenn die Klimakrise ein globales Problem ist, so bleiben die Auswirkungen noch über viele Jahrzehnte zeitlich, räumlich und sozial höchst ungerecht verteilt. Die Hauptverursacher der globalen Umweltkrisen werden anfangs nicht die Hauptbetroffenen sein. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verursacht 15 Prozent der Treibhausgasemissionen, auf die 18 Prozent der Weltbevölkerung, die auf dem afrikanischen Kontinent leben, entfallen nur rund drei Prozent. Die Auswirkungen der Klimakrise sind genau umgekehrt.

Friedens- und Umweltbewegung müssen für eine gemeinsame Sicherheit zusammenkommen. Denn es ist eine brutale Illusion, es könnte abgeschotet grüne Oasen des Wohlstands auf einer unwirtlichen Welt geben. Wir brauchen von daher eine doppelte Anstrengung: Abrüsten und eine sozial-ökologische Transformation. Das ist die logische Konsequenz der alten und neuen Waffensysteme und der technisch-ökonomischen Möglichkeiten, über die das Industriezeitalter verfügt.

*Michael Müller,
Naturfreunde, Staatssekretär a. D.*

*Reiner Braun,
International Peace Bureau*

*Beide sind im Arbeitsausschuss
„abrüsten statt aufrüsten“*



Jutta Markowski

Ergotherapeutin, Betriebsrätin und VL-Sprecherin im Knappschafts-Krankenhaus Bottrop

► Wir alle wissen, dass eine gute bedarfsgerechte, nicht am Profit orientierte Gesundheitsversorgung notwendig ist. Das ist schon lange vor Corona deutlich geworden. Und das kostet Geld. 442 Millionen Euro für den Schützenpanzer Puma und dafür noch mehr Krankenhäuser schließen? 998 Millionen Euro für die Anschaffung neuer Kampffjets vom Typ Eurofighter oder mehr gut bezahltes Personal? So ist die Frage zu stellen! Wählbar sind somit nur die Parteien, die die 2% Quote der Nato klar ablehnen und sich für weitere Abrüstung einsetzen. Die Rüstungsetzsteigerungen der letzten Jahre sind Irrsinn, zutiefst unsozial und inhuman.

Doch ohne, dass wir uns gemeinsam für eine andere Verteilung einsetzen, wird sich mit einer Bundestagswahl nichts ändern.



Wiltrud Roesch-Metzler

*pax christi,
Kooperation für den Frieden*

► In diesem Jahr zieht die Bundeswehr aus Afghanistan ab. Vor 20 Jahren hatte dieser Nato-Militäreinsatz im Rahmen des US-amerikanischen „Krieges gegen den Terror“ begonnen. Dass Deutschland nach den beiden Weltkriegen wieder Krieg führt, empört mich. Was wurde dadurch erreicht? Nach dem Abzug der ausländischen Truppen bleiben Armut und Unsicherheit in Afghanistan.

Dass solche Auslandseinsätze in Zukunft zunehmen, befürchte ich angesichts des wachsenden deutschen Rüstungshaushalts und der Programme fast aller Parteien. Lieber sähe ich, dass die Bundesregierung auf Gerechtigkeit setzt, teilt und sich so Freundschaften mit anderen Ländern bilden. Ausgaben für die Armeen schaffen (menschliche) Sicherheit.



Ernst Ulrich von Weizsäcker

*SPD Mitglied seit 1966
und MdB 1998-2005*

► Wie wollen wir Frieden, Wohlstand, Klimaschutz sichern, wenn wir die Abrüstung nicht voranbringen? Die neuen Nationalisten wollen die alten Dummheiten fortsetzen. Demgegenüber hat die SPD in Willy Brandts Tradition im Wahlprogramm 2021 diesen Satz: „Als die Friedenspartei in Deutschland setzen wir auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie internationale Zusammenarbeit.“

ANZEIGE



**AUSSTELLUNG
KRIEG
UND
FRIEDEN**

**«WAR IS OVER
IF YOU WANT IT»**

JOHN & YOKO

21. JUNI BIS 29. OKTOBER
MO-FR VON 10-18:00 UHR
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
STR. DER PARISER KOMMUNE 8A
10243 BERLIN · EINTRITT FREI

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Ein neues Atomwaffenträgersystem für Europa –

WARUM DEUTSCHLAND SICH NICHT AN FCAS BETEILIGEN SOLLTE

500 Milliarden Euro für ein neues Luftkampfsystem

Das "Future Combat Air System", kurz: FCAS, könnte das teuerste Rüstungsprojekt Deutschlands werden. FCAS soll bis zu 300 Milliarden Euro kosten, manche Medien gehen sogar von bis zu 500 Milliarden Euro aus. Diese Kosten sollen bis 2040 zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien geteilt werden. Brisant wird FCAS dadurch, dass sein zentrales Projekt, das Kampfflugzeug "New Generation Fighter" (NGF), auch als Atomwaffenträger eingesetzt werden soll, zumindest für Frankreich, eventuell auch für Deutschland. Zudem ist ein Export von FCAS an Staaten außerhalb der EU nicht ausgeschlossen.

Zusammenarbeit mit Frankreich bei Atomwaffen möglich

Im 2019 geschlossenen Aachener Vertrag vereinbarten Deutschland und Frankreich neben engerer Abstimmung in internationalen Gremien sowie der Stärkung kultureller und wirtschaftlicher Verbindungen auch die Einrichtung eines gemeinsamen Sicherheitsrates. Dieser beschloss neben anderem

auch FCAS, vorbehaltlich parlamentarischer Genehmigung der einzelnen Tranchen des Mega-Projekts. Anlass war der anstehende Ersatz der 35 bzw. 27 Jahre alten Kampffjets Rafale und Eurofighter. Auch eine enge Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich im Bereich atomarer Rüstung wird seit einigen Jahren diskutiert. Im industriellen Bereich gibt es sie schon lange: Airbus als deutsch-französischer Konzern und Rüstungsproduzent baut Teile der französischen Atomraketen, VW liefert Motoren für die Atom-U-Boote. Hensoldt, Diehl, ESG, Rohde&Schwarz sind an der Entwicklung von FCAS beteiligt. Selbst eine deutsche Finanzierung französischer Atomwaffen sei rechtlich zulässig, so ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags. Im Jahr 2007 bot Präsident Sarkozy Deutschland tatsächlich die Teilhabe an den französischen Atomwaffen an, Präsident Macron rief zuletzt 2020 zum Dialog darüber auf und kann sich sogar gemeinsame Übungen mit Atomwaffen vorstellen.

FCAS käme zu spät, um Tornados direkt zu ersetzen – teure Brückenlösung erforderlich

Ob FCAS auch für eine nukleare Teilhabe Deutschlands an den US-Atombomben genutzt werden kann oder soll, bleibt offen. Die Bundesregierung hat diesbezügliche Nachfragen im Bundestag nicht beantwortet. Weil aber die Inbetriebnahme der ersten FCAS-Kampfflugzeuge erst für 2040 geplant ist, bräuhete es spätestens ab 2025 eine „Brückenlösung“ für die Nachfolge der Tornados, um die nukleare Teilhabe weiter fortzuführen. Dafür sind US-amerikanische F/A-18-Jets im Gespräch, zu Kosten in Milliardenhöhe. Dass die Bundesregierung hunderte Milliarden für solch fragwürdige Rüstungsprojekte investieren will und sich an der Entwicklung und Finanzierung von Trägersystemen für Atomwaffen beteiligt, ist unverantwortlich und muss schnellstens beendet werden. Grüne, Linke und SPD sind aufgefordert, bei der Ende Juni stattfindenden Bundestagsabstimmung gegen die weitere Finanzierung von FCAS zu stimmen, stattdessen klar für Sicherheit und Frieden.“

Christoph von Lieven, Greenpeace, Arbeitsausschuss „Abrüsten statt aufrüsten“



Berlin 1. September 2019 | © Willi van Ooyen

Vorschläge des Arbeitsausschusses, die dem Friedensthema mehr Gewicht geben sollen:

1. Debattenrunde mit den Spitzenkandidat:innen von Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linkspartei zu Friedenspolitik und Gemeinsame Sicherheit Ende August in Kooperation mit der FR.
2. Regionale Kandidat:innenbefragungen in allen größeren Städten und in Landkreisen. (Organisation: dezentral)
3. Weitere Diskussionsveranstaltung vor der Bundestagswahl z. B. zu Aufrüstung oder Klimaschutz mit Vertreter:innen der Jugendverbände.
4. Evtl. eine Anzeige mit unseren wichtigsten Forderungen zur Friedenspolitik in Zeitung(en).
5. Herausgabe eines elektronischen „Friedensbrief“, der im Juli, August und September versandt wird.
6. Regionale Aktivitäten, Protestaktionen „Für Abrüstung und Entspannungspolitik“ in der Aktionswoche vom 19. bis 26. Juni 2021.
7. Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung zum 6. und 9. August (Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki).
8. Aktionen zum Antikriegstag am 1. September.
9. Unterstützung der Veranstaltungen der Friedensbewegung: Informationen auf <https://abruesten.jetzt/>

Abrüsten statt Aufrüsten!

Auszug aus dem Aufruf: Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. ...

Damit wollen wir anfangen: **Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland verhandeln und abrüsten.**

...
Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Aufruf online unterschreiben auf <https://abruesten.jetzt> oder Unterschriftenlisten bestellen bei: frieden-und-zukunft@t-online.de oder friekoop@friedenskooperative.de

Friedensarbeit kostet Geld

Bitte spendet!

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 | BIC: HELADEF1822

Stichwort: Abrüsten jetzt (Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden)

Zeitung bestellen

Bestellung über das Formular auf abruesten.jetzt/zeitung. Wir bitten um einen Kostenbeitrag für Porto und Druckkosten: 50 Stück für 5 €; 100 Stück für 10 €; 200 Stück für 15 €; 500 Stück für 30 €; 1.000 Stück für 50 €.

Hinweis zur Aktionswoche

Alle Termine gibt es auf der Seite des Netzwerk Friedenskooperative: www.friedenskooperative.de/termine?thema=152

KONTAKT:

Initiative **abrüsten statt aufrüsten** | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin |
Tel.: 030 20654857 | Fax: 030 3199668 | Facebook: Abrüsten Jetzt | Twitter:
@abruesten_jetzt | E-Mail: info@abruesten.jetzt | Web: www.abruesten.jetzt |
Bestellung der Zeitung über unsere Website: www.abruesten.jetzt/zeitung

UNTERSTÜTZUNG:

Die Initiative ist auf ihre Unterstützung angewiesen. Jede kleine und große Spende hilft, die Initiative erfolgreich zu gestalten. Bitte spenden Sie an: **Spendenkonto:** Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. | IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 | BIC: HELADEF1822 | Stichwort: Abrüsten jetzt

IMPRESSUM:

Redaktion: Reiner Braun, Kristine Karch, Lucas Wirl
V.i.S.d.P.: Reiner Braun
Layout: hello@ronald-schrodt.de
Auflage: 20.000